

**An die  
Geschäftsführung der  
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender Köln**

**Köln, den 1.März 2016**

**LGBTI\* Flüchtlinge: Forderungen und Empfehlungen an die Stadt Köln**

Sehr geehrte Frau Klug,

die Initiative LGBTIQ Refugees Cologne ist auf die Stadtarbeitsgemeinschaft LST mit dem Anliegen zugekommen, der besonderen Schutzbedürftigkeit von LGBTIQ Flüchtlingen Rechnung zu tragen.

Dies entspricht auch unserem Antrag an die Stadtverwaltung und den Rat der Stadt Köln vom 19.1.2015 und dem Ratsbeschluss vom 10.9.2015.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender ist sich darüber bewusst, dass sich die Verwaltung der Stadt Köln mit den dringenden Fragen von Datenerhebung und Unterbringung von besonders schutzwürdigen Geflüchteten und der Sensibilisierung von Personen, die mit Geflüchteten arbeiten, ebenso befasst wie mit der Vernetzung verschiedener Akteur\_innen im Bereich Migration und Flucht. Gleichwohl müssen hier verstärkt Anstrengungen unternommen werden, um der besonderen Schutzbedürftigkeit der genannten Personengruppe Rechnung zu tragen.

Die stimmberechtigten Mitglieder der Stadt AG Lesben, Schwule und Transgender, LSVD OV Köln e.V., und rubicon e.V. bitten daher, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Stadt AG LST am 10.03.16 zu setzen:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender fordert Politik und Verwaltung auf

**erstens**

die besondere Situation von LGBTI\*-Flüchtlingen im Rahmen ihrer Maßnahmen für eine humane Unterbringung zu berücksichtigen und folgenden Punkt zu beachten bzw. umsetzen:

Wir beziehen uns auf Punkt 1b) des Antrages der Stadt-AG LSBT vom 19.1.2015

„Sensibilität erfordert die Unterbringung dieser Personen, die einen Asylantrag auf Grund eigener Homosexualität gestellt haben. Meistens werden diese Personen im gleichen Heim und gleichem Zimmer mit Landsleuten untergebracht, vor denen sie geflohen sind. Wir fordern die Stadt Köln auf,

diese Personen (nach Absprache) getrennt von den Landsleuten, Glaubensgemeinschaft usw. unterzubringen.“

sowie auf den Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 10.9. 2015, in dem sich die Stadt Köln entschieden hat, für den Personenkreis der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge, darunter sind ausdrücklich auch Personen mit LSBTI\* Hintergrund genannt, zukünftig besondere Anstrengungen zu unternehmen.

In diesem Sinne fordern wir von der Stadt Köln die sofortige Einrichtung von 10 -14 dezentralen Wohneinheiten von zwei bis vier Zimmern, in denen LGBTI\*-Geflüchtete in Köln sicher untergebracht werden. Ebenso wie die Gruppe von Frauen und Kindern, für die Anträge auf separate Unterbringung vorliegen, ist die Gruppierung der LGBTI\* – Geflüchteten besonders schutzbedürftig.

In den Sammelunterkünften sind sie Beleidigungen, Nötigungen und Drohungen, sowie sexuellen Übergriffen und physischer Gewalt ausgesetzt.

#### **zweitens**

die bislang ehrenamtlich geleistete Arbeit von verschiedenen Akteur\_innen im Bereich Migration und Flüchtlinge mit dem Schwerpunkt LSBT\* finanziell und strukturell zu unterstützen.

#### **drittens**

dass Verwaltung und Politik dafür Sorge tragen, einen Handlungsplan für den Umgang mit der oben genannten Personengruppe der besonders schutzwürdigen geflüchteten zu erstellen und hierzu die Expertise der Stadtarbeitsgemeinschaft LSBT, der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und des Integrationsrates einholt.

#### **Begründung:**

In einem neuen Projekt in Köln, an dem der Flüchtlingsrat Köln, die Initiative LGBTIQ Refugees Cologne und der rubicon e.V. beteiligen, wurden in den drei Wochen 18 Fälle von Übergriffen in und bei Unterkünften um Köln herum festgestellt. Die Dunkelziffer dürfte hier viel höher liegen.

Die weitere Begründung erfolgt anlässlich der Sitzung der Stadt-AG LST am 10.3.2016 mündlich durch Ina Wolf und Ibrahim Mokdat ( LGBTIQ Refugees Cologne ) und Dr. Beate Blatz

Die stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft LST